

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

und

Antwort

der Landesregierung

Polizeireform – Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Organisation der Polizeipräsidien

1. Inwieweit haben sich die Anzahl, der regionale Zuschnitt und der innere Aufbau bzw. die Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien jeweils bewährt und würden diese unter den heute bekannten Rahmenbedingungen hinsichtlich aller vorgenannten Parameter jeweils nochmals identisch gebildet werden?
2. Inwieweit sind mittlerweile die einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform so ausgestattet, dass alle anfallenden Aufgaben reibungslos ohne eine weitere Zuweisung von Personal erfüllt werden können?
3. Inwieweit wurden die Ziele der Polizeireform bzw. eine Verbesserung der Sicherheitslage erreicht?
4. Wodurch begründet sich die Einschätzung zu den Fragen 1 bis 3 (mit Angabe, ob ihr belastbare Auswertungen vorliegen)?

II. Organisation des Landespolizeipräsidiums

1. Haben sich der Aufbau und die personelle Ausstattung des Landespolizeipräsidiums im Innenministerium bewährt?
2. Wie war die personelle Ausstattung des Landespolizeipräsidiums zum 31. Dezember 2013 (ohne Personal in den Projekten) und wie zum Stand 30. Juni 2015 (ohne Personal in den Projekten)?
3. Bestehen Planungen bzw. Forderungen von Referaten zur Personalaufstockung (mit Angabe, ob diese bei den Berechnungen des Optimierungspotenzials zur Polizeireform berücksichtigt wurden)?

Eingegangen: 14.08.2015 / Ausgegeben: 23. 10. 2015

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

III. Kriminaldauerdienste

1. Inwieweit sieht sie Optimierungspotenziale bei den Kriminaldauerdiensten?
2. Wurden durch Dienststellen (auch formlose) Anfragen an das Landespolizeipräsidium zu Optimierungen im Bereich des Kriminaldauerdiensts gestellt und falls ja, durch welche Dienststellen (mit Darstellung der einzelnen Anliegen)?
3. Wie stellen sich die Fallzahlen des Kriminaldauerdiensts getrennt nach den einzelnen Polizeipräsidien und den jeweils einzelnen Monaten seit Januar 2014 dar (mit Angabe des Anteils der Leichensachen ohne strafrechtliche Relevanz)?

IV. Verkehrsunfalldienste

1. Inwieweit sieht sie Optimierungspotenziale bei den Verkehrsunfalldiensten?
2. Wurden durch Dienststellen (auch formlose) Anfragen an das Landespolizeipräsidium zu Optimierungen im Bereich der Verkehrsunfalldienste gestellt und falls ja, durch welche Dienststellen (mit Darstellung der einzelnen Anliegen)?
3. Wie viele schwere Verkehrsunfälle (Unfälle mit Personenschaden und Toten) wurden von den Verkehrsunfalldiensten tatsächlich aufgenommen und bearbeitet (Darstellung monatlich ab Januar 2014, getrennt nach Präsidien und Unfallart)?
4. Trifft es zu, dass bedingt durch die geringe Anzahl von schweren Verkehrsunfällen auch kleinere Unfälle durch einzelne Verkehrsunfalldienste aufgenommen wurden (mit Angabe, wo dies ggf. der Fall war – Darstellung monatlich ab Januar 2014, getrennt nach Präsidien und Unfallart)?

V. Baumaßnahmen

1. Wie ist der Sachstand der einzelnen im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen (detaillierte Auflistung)?
2. Welche Maßnahmen über 50 000 Euro wurden in Auftrag gegeben (mit konkreter Bezeichnung der Maßnahme, des Beauftragungszeitpunkts, des [voraussichtlichen] Fertigstellungszeitpunkts und der geplanten Kosten)?
3. Welche Maßnahmen über 50 000 Euro wurden noch nicht in Auftrag gegeben (mit konkreter Bezeichnung der Maßnahme, des voraussichtlichen Beauftragungszeitpunkts und Fertigstellungszeitpunkts sowie der geplanten Kosten)?
4. Welche (voraussichtlichen) Abweichungen von über 20 000 Euro je Einzelmaßnahme im Abgleich mit der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeireform sind bereits eingetreten bzw. werden erwartet?
5. Kann sie ausschließen, dass es bei sämtlichen noch zu beauftragenden Baumaßnahmen nach Abschluss der Evaluation der Polizeireform keinen Anpassungsbedarf gibt (falls dies nicht der Fall ist mit Angabe, weshalb die Beauftragungen von Baumaßnahmen nicht bis zum Abschluss der Evaluation der Polizeireform gestoppt werden)?

VI. Feststellung des Verbesserungsbedarfs

1. Welchen genauen Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform sieht nach ihrem Kenntnisstand der Karlsruher Polizeipräsident (mit detaillierter Darstellung)?

2. Welchen genauen Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform sieht nach ihrem Kenntnisstand der Landespolizeipräsident (mit detaillierter Darstellung)?
3. Welche Indikationen wurden beim Monitoring der Polizeireform untersucht, wie stellen sich diese dar und welche Empfehlungen bzw. Handlungsfelder wurden identifiziert (mit detaillierter Auflistung je Indikator und Präsidium, aufgeteilt monatlich ab Januar 2015)?
4. Weshalb wurde der Monitoringbericht im Sinne der Transparenz bislang nicht veröffentlicht?
5. Wie bewertet sie aus ihrer Sicht die Stimmung innerhalb der Polizei nach der Polizeireform?
6. Weshalb wurde im Sinne der Politik des Gehörtwerdens noch keine Mitarbeiterbefragung durchgeführt, um die Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge der polizeilichen Praxis aufzunehmen?

13.08.2015

Wolf, Blenke
und Fraktion

Begründung

Die Polizeireform ist vor eineinhalb Jahren in Kraft getreten. Im Alltag zeigen sich viele Probleme, ohne dass die angestrebte personelle Verbesserung durch die Reform auch nur ansatzweise sichtbar wäre.

Nach Verlautbarungen des Karlsruher Polizeipräsidenten besteht Nachbesserungsbedarf bei der Polizeireform. Dem stimmte der Landespolizeipräsident zu und teilte mit, dass er eine strukturelle Analyse für notwendig halte, um eine Reform dieser Größenordnung zu bilanzieren.

Es stellt sich die Frage, weshalb die Landesregierung nach eineinhalb Jahren Erfahrung mit der Polizeireform immer noch keine Mitarbeiterbefragung durchgeführt hat. Würde diese in gleicher Weise anonym und mit vergleichbarer Fragestellung wie bei den letzten Mitarbeiterbefragungen vorgenommen werden, ließe das Rückschlüsse auf reformbestimmte Änderungen der Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter zu.

Antwort*)

Schreiben des Staatsministeriums vom 6. Oktober 2015 Nr. I-112.:

Unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags übersende ich als Anlage die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Krebs
Ministerin im Staatsministerium

*) Der Überschreitung der Sechs-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Anlage: Schreiben des Innenministeriums

Mit Schreiben vom 6. Oktober 2015 Nr. 3112/68 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium sowie dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

Wir fragen die Landesregierung:

I. Organisation der Polizeipräsidien

1. Inwieweit haben sich die Anzahl, der regionale Zuschnitt und der innere Aufbau bzw. die Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien jeweils bewährt und würden diese unter den heute bekannten Rahmenbedingungen hinsichtlich aller vorgenannten Parameter jeweils nochmals identisch gebildet werden?

Zu 1.:

Auf validen Daten beruhende umfassende Aussagen zu den Wirkungen der Polizeireform können derzeit noch nicht getroffen werden. Das Innenministerium beabsichtigt, die Reform zu geeigneten Zeitpunkten umfassend zu evaluieren.

Zunächst hat das Innenministerium den Verwaltungswissenschaftler Prof. Dr. Dr. h.c. H. des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften mit einer ersten Untersuchung der Polizeireform beauftragt. Diese Untersuchung erstreckt sich insbesondere auf einen historischen Längsschnitt, eine Analyse des Reformprozesses selbst und – soweit derzeit bereits möglich – den Ausweis damit verbundener Wirkungen. Die Erhebungen haben bereits begonnen.

Eine alle Bereiche umfassende Wirkungsevaluation der Polizeireform ist hingegen noch nicht angezeigt. Aussagekräftige und steuerungsrelevante Ergebnisse sind erst zu erwarten, wenn die umfangreichen Organisationsänderungen ihre Wirkungen weitgehend entfalten konnten. Dies ist noch nicht der Fall, weil der Zeitraum, in welchem die Polizei in der seit dem 1. Januar 2014 bestehenden Organisation arbeitet, für eine derartige Untersuchung noch zu kurz ist.

Das Innenministerium beobachtet und analysiert systematisch und fortlaufend im Rahmen eines Monitorings Daten bzw. Parameter über die Erreichung der wesentlichen Ziele der Polizeireform, um bei reformkritischen Fehlentwicklungen rechtzeitig steuernd eingreifen zu können. Das Berichtswesen zum Monitoring erfolgte bislang quartalsweise; künftig erfolgt es halbjährlich.

Insofern kann derzeit auch noch keine valide Aussage dazu getroffen werden, inwieweit sich die Anzahl, der regionale Zuschnitt und der innere Aufbau bzw. die Organisationsstruktur der Polizeipräsidien bewährt haben. Dem Innenministerium liegen jedoch keine Erkenntnisse vor, die hier einen Veränderungsbedarf indizieren würden. Insbesondere weist das Monitoring entsprechendes nicht aus. Dies trifft insbesondere auf die Anzahl der regionalen Polizeipräsidien zu. Jedes zusätzliche Präsidium würde eine Vielzahl von Beamtinnen und Beamten für zusätzliche Leitungs-, Stabs- und Verwaltungsaufgaben binden. Dies könnte nur zu Lasten der operativen Einheiten, insbesondere der Polizeireviere und der Kriminalpolizei, erfolgen und würde ein zentrales Ziel der Polizeireform konterkarieren, die gerade diese Bereiche personell verstärkt hat. Eine Erhöhung der Anzahl der Polizeipräsidien würde zu kleineren Dienststellen führen, die zu Lasten der Arbeitsqualität bedeutende Einsatzlagen nicht mehr mit eigenem Personal bewältigen könnten. Ferner kämen auf den Landeshaushalt erhebliche zusätzliche Kosten für bspw. die Einrichtung neuer Führungs- und Lagezentren sowie für Kriminal- und Verkehrsüberwachungstechnik hinzu.

Die seinerzeitige Entscheidung über die Anzahl, den Flächenzuschnitt und die Organisationsstruktur der Polizeipräsidien wurde nach intensiver Prüfung polizeifachlicher Belange und wirtschaftlicher Aspekte getroffen. Der Entscheidungsprozess über die geografischen Zuschnitte erfolgte unter Berücksichtigung von

Kriminalitätsdaten, Verkehrsunfallzahlen und Daten zu Einsatzschwerpunkten. Darüber hinaus wurden regionale Strukturdaten wie Einwohnerzahlen, Fläche, geo-/topografische Gegebenheiten und Daten zu Verkehrs- bzw. Pendlerströmen ebenso in die Prüfung einbezogen wie personal- und organisationsspezifische Aspekte. Da sich die Rahmenbedingungen in der Relation zueinander gegenüber dem Zeitpunkt der Entscheidung über die neue Organisationsstruktur der Polizei nicht verändert haben, würde die Entscheidung heute nicht anders ausfallen als im Jahr 2012.

2. Inwieweit sind mittlerweile die einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform so ausgestattet, dass alle anfallenden Aufgaben reibungslos ohne eine weitere Zuweisung von Personal erfüllt werden können?

Zu 2.:

Ein Ziel der Polizeireform war es, eine Ausgewogenheit der Personalstärken von Schutz- und Kriminalpolizei und angemessene Führungsspannen auf den verschiedenen Organisationsebenen zu erreichen.

Aus polizeifachlicher Sicht dürfen in gewissen Bereichen (z. B. Kriminalpolizei, Führungs- und Einsatzstäbe) bestimmte Personalgrößen nicht unterschritten werden, damit die Dienststellen – anders als in der früheren Organisationsstruktur – in der Lage sind, größere Einsatzlagen und herausragende Kapitaldelikte selbstständig und ohne Unterstützung anderer Dienststellen zu bewältigen. Gerade in der Kriminalitätsbekämpfung können nun komplexe Ermittlungsverfahren mit größerer Flexibilität und eigenständig wahrgenommen werden. Anders als zuvor ist Spezialistenwissen nicht mehr nur ein Privileg großer Dienststellen in Ballungsräumen, sondern landesweit vorhanden.

Valide Aussagen zu dieser Frage könnten jedoch ebenfalls nur auf Basis einer umfassenden Wirkungsevaluation getroffen werden. Insofern wird auf die Antwort zu Frage I. Ziffer 1. verwiesen. Dem Innenministerium liegen jedoch keine Erkenntnisse vor, die hier einen reformbedingten Veränderungsbedarf indizieren würden. So zeigte das Monitoring beispielsweise bislang klar auf, dass die einzelnen Dienststellen leistungsstark genug sind, um Sonderkommissionen mit dem eigenen Personalkörper durchführen zu können.

Unabhängig davon trägt das Innenministerium der in den nächsten Jahren anstehenden Pensionierungswelle in der Polizei durch eine entsprechende Personalplanung Rechnung. In diesem Zusammenhang wird auf die für die Jahre 2017 und 2018 vorgesehene, insgesamt 2.800 Ausbildungsplätze umfassende Einstellungs-offensive verwiesen.

3. Inwieweit wurden die Ziele der Polizeireform bzw. eine Verbesserung der Sicherheitslage erreicht?

Zu 3.:

Valide Aussagen zu dieser Frage könnten nur auf Basis einer umfassenden Wirkungsevaluation getroffen werden. Insofern wird auf die Antwort zu Frage I. Ziffer 1. verwiesen.

4. Wodurch begründet sich die Einschätzung zu den Fragen 1 bis 3 (mit Angabe, ob ihr belastbare Auswertungen vorliegen)?

Zu 4.:

Belastbare Aussagen könnten nur auf Basis einer umfassenden Wirkungsevaluation getroffen werden. Insofern beruhen entsprechende Erkenntnisse bislang ausschließlich auf dem Monitoring Polizeireform. Hierzu wird auf die Antwort zu Frage VI. Ziffer 3. verwiesen.

II. Organisation des Landespolizeipräsidiums

1. Haben sich der Aufbau und die personelle Ausstattung des Landespolizeipräsidiums im Innenministerium bewährt?

Zu 1.:

Im Rahmen der Polizeireform wurde auch die Organisationsstruktur des Landespolizeipräsidiums im Innenministerium verändert. Die Anpassungen waren eine Konsequenz der Neustrukturierung der nachgeordneten Dienststellen und Einrichtungen.

Im Ergebnis blieben die Referate 31 (Einsatz, Lagezentrum und Verkehr) und 32 (Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Kriminologie) organisatorisch unverändert. Im Referat 33 wurden die Aufgaben des Personal- und Organisationsmanagements zusammengeführt. Der Bereich Haushaltsmanagement und verbleibende ministerielle Aufgaben im Bereich Technik wurden im Referat 34 gebündelt. Recht und Grundsatz wurden mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Koordinierung im Referat 35 zusammengefasst. Referat 36 (Technik) wurde aufgelöst; die Aufgaben wurden überwiegend dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei übertragen. Controlling und Qualitätsmanagement aus dem ehemaligen Referat 33 wurden zusammen mit der neuen Aufgabe „Interne Revision“ in einem neuen Sachbereich direkt dem Inspekteur der Polizei zugeordnet.

Auch der Organisationsaufbau des Landespolizeipräsidiums kann erst auf Basis einer fundierten Untersuchung abschließend bewertet werden. Bezüglich der personellen Ausstattung des Landespolizeipräsidiums wird auf die Antworten zu den Fragen II. Ziffern 2 und 3 verwiesen.

2. Wie war die personelle Ausstattung des Landespolizeipräsidiums zum 31. Dezember 2013 (ohne Personal in den Projekten) und wie zum Stand 30. Juni 2015 (ohne Personal in den Projekten)?

Zu 2.:

Personalstand (Ist) im Landespolizeipräsidium zum 31. Dezember 2013:

	Polizeivollzugsdienst	Nichtvollzugsdienst	Tarifbeschäftigte
Höherer Dienst	36	13	14
Gehobener Dienst	47	25	
Mittlerer Dienst	1	2	

Nicht eingerechnet sind die bis Dezember 2013 im Landespolizeipräsidium angesiedelten Projekte „Polizeireform BW“ und „BOS Digitalfunk BW“.

Die personelle Ausstattung des Landespolizeipräsidiums ab dem 1. Januar 2014 wurde im Rahmen des Projekts Polizeireform festgelegt und im zweiten Nachtragshaushalt 2014 festgeschrieben. Die Zeitläufe und Belastungen des Projekts Polizeireform ließen seinerzeit eine (mit hohen Aufwänden verbundene) valide Personalbedarfsberechnung nicht zu. Grundlagen des Personalkonzepts waren die organisatorischen Veränderungen und darüber hinaus lediglich prognostizierte und zu einem späteren Zeitpunkt näher zu untersuchende reformbedingte Veränderungen in der Aufgabenwahrnehmung.

Veränderungen zum 1. Januar 2014:

	Polizeivollzugsdienst	Nichtvollzugsdienst	Tarifbeschäftigte
Höherer Dienst	- 5	+ 6	+ 2
Gehobener Dienst	+ 4	+ 10	
Mittlerer Dienst	- 1	- 1	

Personalstand (Ist) im Landespolizeipräsidium zum 1. Juni 2015:

	Polizeivollzugsdienst	Nichtvollzugsdienst	Tarifbeschäftigte
Höherer Dienst	32	19	18
Gehobener Dienst	53	27	
Mittlerer Dienst	0	3	

Hier nicht eingerechnet ist das in den – durchweg temporären – Projekten „Polizeiliegenschaften und Leitstellen“, „Koordinierungsstelle Untersuchungsausschuss Schlossgarten“, „Koordinierungsstelle Untersuchungsausschuss NSU“, „Koordinierungsstelle Stellenausgleich“ und „Geschäftsstelle Arbeitsgruppe Dienstpostenbewertung“ eingesetzte Personal.

3. Bestehen Planungen bzw. Forderungen von Referaten zur Personalaufstockung (mit Angabe, ob diese bei den Berechnungen des Optimierungspotenzials zur Polizeireform berücksichtigt wurden)?

Zu 3.:

Konkrete Planungen bestehen hierzu nicht. Wie in der Antwort zu Frage II. Ziffer 2. dargestellt, bedarf es zunächst einer Untersuchung der personellen Ausstattung des Landespolizeipräsidioms. Diese Untersuchung steht erst am Anfang, sodass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage über einen ggf. veränderten Personalbedarf des Landespolizeipräsidioms getroffen werden kann. Noch zu erhebende und zu verifizierende von den Referaten gesehene Mehr- oder Minderbedarfe werden in die Entscheidung einbezogen.

III. Kriminaldauerdienste

1. Inwieweit sieht sie Optimierungspotenziale bei den Kriminaldauerdiensten?

Zu 1.:

Grundsätzlich werden Optimierungsmöglichkeiten, wie unter der Antwort zu Frage I. Ziffer 1 erläutert, im Rahmen des Monitorings beobachtet.

Die bislang vorliegenden Rückmeldungen lassen den Schluss zu, dass die Einführung eines flächendeckenden Kriminaldauerdiensts ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Polizeireform ist. So zeigt das Monitoring beispielsweise bislang klar auf, dass die einzelnen Dienststellen die vorgesehenen durchschnittlichen Interventionszeiten deutlich unterbieten. Demnach ist ein reformbedingter Veränderungsbedarf derzeit nicht evident.

2. *Wurden durch Dienststellen (auch formlose) Anfragen an das Landespolizei-präsidium zu Optimierungen im Bereich des Kriminaldauerdiensts gestellt und falls ja, durch welche Dienststellen (mit Darstellung der einzelnen Anliegen)?*

Zu 2.:

Seitens der Dienststellen wurden keine entsprechenden förmlichen Anfragen an das Landespolizeipräsidium gerichtet. Informelle Anfragen bei einzelnen Personen im Landespolizeipräsidium oder während allgemeiner Aussprachen sind im Detail nicht nachzuvollziehen.

Bei den Planungen zur Einrichtung des Kriminaldauerdiensts wurde zur Ermöglichung eines bedarfsabhängigen, lagebildorientierten Personaleinsatzes verschiedentlich auch die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle diskutiert. Die konkrete Ausgestaltung wurde unter Beteiligung der betroffenen Beschäftigten ins Ermessen der Dienststellen gestellt. Aktuell versehen alle Kriminaldauerdienste den landeseinheitlichen Wechselschichtdienst im Drei-Schichten-Dienst mit fünf Dienstgruppen.

3. *Wie stellen sich die Fallzahlen des Kriminaldauerdiensts getrennt nach den einzelnen Polizeipräsidien und den jeweils einzelnen Monaten seit Januar 2014 dar (mit Angabe des Anteils der Leichensachen ohne strafrechtliche Relevanz)?*

Zu 3.:

Eine gesonderte Ausweisung des Anteils der Leichensachen ohne strafrechtliche Relevanz wäre mit einer Einzelaktenauswertung aller Fallakten zu Todesermittlungsverfahren verbunden, auf die aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands und der Fristsetzung der Großen Anfrage verzichtet werden musste. Es kann jedoch in Anbetracht der registrierten Fallzahlen von Straftaten gegen das Leben in der Polizeilichen Kriminalstatistik (2014: 326 Fälle) davon ausgegangen werden, dass über 90% der vom Kriminaldauerdienst bearbeiteten Leichensachen keine strafrechtliche Relevanz aufwiesen.

Die jeweiligen Fallzahlen ergeben sich aus den nachstehenden Tabellen.

Fallzahlen KDD	AA		FR		HN		KA		KN		LB	
	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen
JAN 14	90	24	140	60	131	28	90	23	125	50	72	15
FEB 14	98	28	140	48	120	26	139	31	142	45	116	33
MAR 14	99	32	140	59	146	38	167	36	165	50	133	47
APR 14	83	29	140	59	116	23	147	24	142	36	114	32
MAI 14	92	40	139	44	119	21	112	19	148	48	124	21
JUN 14	99	44	133	46	109	31	156	29	159	44	119	24
JUL 14	94	43	153	59	90	18	182	34	157	48	140	32
AUG 14	95	43	131	65	113	29	175	30	148	44	126	19
SEP 14	85	32	159	62	117	16	172	38	144	51	115	28
OKT 14	76	30	140	56	126	34	187	41	165	75	126	35
NOV 14	84	36	128	57	151	36	136	22	170	47	116	29
DEZ 14	103	40	135	61	145	20	191	37	166	47	155	41
JAN 15	75	28	148	62	118	33	227	38	153	56	124	24
FEB 15	86	45	129	59	98	26	162	23	161	62	97	34
MAR 15	92	32	145	59	128	35	204	27	146	58	117	33
APR 15	86	38	135	58	134	25	185	30	146	65	116	27
MAI 15	81	29	150	62	168	42	177	22	144	51	136	33
JUN 15	101	35	156	66	122	29	252	24	171	38	144	38

Fallzahlen KDD	MA		OG		RT		S		TUT		UL	
	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen	gesamt	Leichen- sachen
JAN 14	123	31	121	33	86	38	454	15	103	27	61	35
FEB 14	154	41	82	31	126	48	416	15	113	31	81	43
MAR 14	154	50	129	45	139	42	501	15	99	24	94	41
APR 14	134	47	86	35	127	48	407	12	90	30	88	46
MAI 14	164	52	101	41	133	53	537	16	85	35	86	44
JUN 14	140	51	111	44	120	48	558	9	69	25	92	36
JUL 14	136	46	106	41	130	45	557	9	88	28	91	53
AUG 14	136	45	117	38	133	47	535	5	90	24	99	43
SEP 14	132	54	86	34	103	39	524	4	72	33	110	40
OKT 14	108	34	84	40	122	39	574	8	83	25	106	43
NOV 14	124	38	75	31	116	49	584	16	71	25	91	34
DEZ 14	79	44	127	44	132	59	547	17	78	37	87	41
JAN 15	190	60	154	41	98	43	548	20	78	30	96	50
FEB 15	179	55	124	41	109	48	553	14	65	36	89	48
MAR 15	204	64	161	41	113	51	515	17	73	34	103	61
APR 15	178	40	179	35	121	50	468	18	82	30	79	42
MAI 15	208	44	132	51	121	41	671	21	94	37	116	40
JUN 15	221	37	87	32	108	46	693	5	82	32	112	31

IV. Verkehrsunfalldienste

1. Inwieweit sieht sie Optimierungspotenziale bei den Verkehrsunfalldiensten?

Zu 1.:

Optimierungspotenziale werden im Rahmen des Monitorings beobachtet, um reformkritische Fehlentwicklungen aufzeigen zu können. Insoweit wird hier auf die Antwort zu Frage I. Ziffer 1 verwiesen.

2. Wurden durch Dienststellen (auch formlose) Anfragen an das Landespolizeipräsidium zu Optimierungen im Bereich der Verkehrsunfalldienste gestellt und falls ja, durch welche Dienststellen (mit Darstellung der einzelnen Anliegen)?

Zu 2.:

An das Landespolizeipräsidium wurden keine entsprechenden förmlichen Anfragen von Dienststellen gestellt. Bilaterale Anfragen von Dienststellen bei einzelnen Personen im Landespolizeipräsidium oder allgemeine Diskussionen über derartige Fragen sind im Detail nicht nachvollziehbar.

Eine abweichende Ablauforganisation der Verkehrsunfallaufnahme (VUA) existiert in den Polizeipräsidien Mannheim, Heilbronn und Konstanz.

Im Polizeipräsidium Mannheim nehmen qualifizierte Beamte der Streifendienste Bundesautobahn tödliche und schwerste Verkehrsunfälle außerhalb der Regelarbeitszeit der VUA auf.

Bei den Polizeipräsidien Heilbronn und Konstanz nehmen neben der VUA auch andere ausgewählte Organisationseinheiten der Verkehrspolizeidirektionen Unfälle aus dem Zuständigkeitsbereich der VUA auf.

Diese Anpassungen erfolgten aufgrund der jeweiligen örtlichen Besonderheiten im Hinblick auf einen ressourcenschonenden Kräfteinsatz und kurze Interventionszeiten.

3. Wie viele schwere Verkehrsunfälle (Unfälle mit Personenschaden und Toten) wurden von den Verkehrsunfalldiensten tatsächlich aufgenommen und bearbeitet (Darstellung monatlich ab Januar 2014, getrennt nach Präsidien und Unfallart)?

Zu 3.:

Unfälle mit Getöteten – Bearbeitung durch die VUA																		
	2014												2015					
	JAN	FEB	MAR	APR	MAI	JUN	JUL	AUG	SEP	OKT	NOV	DEZ	JAN	FEB	MAR	APR	MAI	JUN
AA	1	1	1	3	3	6	6	1	4	1	3	-	4	-	4	7	1	6
FR	3	1	2	4	6	5	5	2	9	5	1	3	5	2	3	5	7	6
HN	1	3	4	5	1	4	5	5	2	4	3	5	4	1	1	2	4	2
KA	1	2	2	4	5	5	7	3	4	4	1	3	5	5	1	4	2	4
KN	3	1	2	6	4	4	4	1	2	-	7	6	3	-	5	3	2	7
LB	1	1	2	1	2	3	3	3	1	3	3	3	1	2	2	2	2	2
MA	2	1	2	3		2	1	2	3	2	1	2	4	4	1	2	2	2
OG	2	3	2	1	2	3	3	3	3	3	2	6	-	3	1	2	2	2
RT	1	1	3	2	2	6	4	1	4	-	-	3	1	2	3	1	4	4
S	-	1	-	-	-	-	2	-	-	1	1	-	-	-	-	-	3	-
TUT	-												1	2	1	2	3	7
UL	3	2	5	3	7	6	2	4	5	5	2	1	3	1	3	5	5	4

Unfälle mit Schwerverletzten – Bearbeitung durch die VUA																		
	2014												2015					
	JAN	FEB	MAR	APR	MAI	JUN	JUL	AUG	SEP	OKT	NOV	DEZ	JAN	FEB	MAR	APR	MAI	JUN
AA	14	22	20	27	35	34	31	33	38	41	28	19	23	17	28	36	35	33
FR	16	18	24	33	40	46	30	37	28	38	21	34	23	20	32	31	50	48
HN	9	10	10	16	13	13	20	11	13	18	11	-	13	21	23	37	31	35
KA	30	31	72	54	61	62	74	46	47	56	43	46	31	37	58	50	57	46
KN	25	11	38	37	66	63	63	50	61	60	50	32	35	28	41	40	62	75
LB	21	12	28	27	34	24	27	25	40	38	22	23	17	21	40	27	35	46
MA	19	17	16	32	23	27	32	22	14	25	26	16	30	21	34	29	53	48
OG	15	16	12	25	17	19	20	19	20	21	14	14	16	18	24	28	29	32
RT	17	17	16	25	18	20	26	24	28	29	25	20	20	31	30	40	35	48
S	16	15	20	23	33	18	22	25	23	15	13	13	12	9	10	13	21	20
TUT	-												6	13	15	31	35	41
UL	18	18	36	29	51	39	38	34	44	34	32	32	24	35	46	51	70	68

Erläuterungen:

Unter VUA sind in diesem Kontext die zum jeweiligen Zeitpunkt für die Bearbeitung von Verkehrsunfällen mit Todesfolge und schwerem Personenschaden zuständigen Organisationseinheiten zu verstehen.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Tuttlingen konnten aufgrund fehlerhafter Erfassungen keine validen Daten für das Jahr 2014 erhoben werden.

Da sich die grundsätzliche Zuständigkeit der VUA auf die Bearbeitung von Verkehrsunfällen mit Todesfolge oder mit schwerem Personenschaden erstreckt, wurden vorstehend nicht alle von der VUA bearbeiteten Unfälle mit Personenschaden ausgewiesen (vgl. auch Antwort zu Frage IV Ziffer 4).

Die Sachbearbeitung von komplexen, schweren Verkehrsunfällen hat sich durch die Einrichtung der VUA qualitativ deutlich verbessert.

Nur in Einzelfällen werden die entsprechenden Unfälle durch die Polizeireviere aufgenommen. Die anschließende, zeitlich intensive Bearbeitung erfolgt durch die VUA. Damit wurden die Polizeireviere insgesamt durch die Einrichtung der VUA deutlich entlastet.

4. *Trifft es zu, dass bedingt durch die geringe Anzahl von schweren Verkehrsunfällen auch kleinere Unfälle durch einzelne Verkehrsunfalldienste aufgenommen wurden (mit Angabe, wo dies ggf. der Fall war – Darstellung monatlich ab Januar 2014, getrennt nach Präsidien und Unfallart)?*

Zu 4.:

Unfälle mit Leichtverletzten – Bearbeitung durch die VUA																		
	2014												2015					
	JAN	FEB	MAR	APR	MAI	JUN	JUL	AUG	SEP	OKT	NOV	DEZ	JAN	FEB	MAR	APR	MAI	JUN
AA	14	8	21	8	16	17	15	17	34	29	24	29	27	23	40	25	25	37
FR	48	52	81	84	92	86	111	58	68	82	63	75	49	64	90	128	85	114
HN	3	3	5	4	4	1	5	4	5	7	7	6	8	6	7	7	8	13
KA	72	88	81	107	119	99	100	93	104	90	92	79	80	63	92	103	108	124
KN	13	20	19	12	19	21	24	19	18	19	16	23	22	20	22	28	37	40
LB	26	37	38	44	56	37	56	45	41	62	53	46	55	43	56	71	67	52
MA	19	32	28	39	32	35	44	37	44	65	76	43	37	56	44	56	81	86
OG	3	8	9	13	6	8	7	4	7	4	5	10	7	10	7	8	13	7
RT	15	17	24	38	39	32	26	20	38	46	37	33	31	47	63	75	69	107
S	106	95	121	119	114	103	118	85	101	125	121	86	73	65	102	115	88	118
TUT	-												8	9	9	19	20	15
UL	12	19	17	13	20	16	19	14	14	22	31	17	22	25	38	54	32	29

Unfälle mit Sachschaden – Bearbeitung durch die VUA																		
	2014												2015					
	JAN	FEB	MAR	APR	MAI	JUN	JUL	AUG	SEP	OKT	NOV	DEZ	JAN	FEB	MAR	APR	MAI	JUN
AA	8	7	10	8	6	4	7	8	16	10	12	9	12	16	6	12	10	12
FR	128	129	137	124	167	130	139	126	124	166	132	146	130	160	187	175	144	172
HN	17	13	12	9	18	13	26	11	26	13	19	11	13	10	13	19	18	21
KA	168	149	154	150	154	154	191	141	181	181	177	191	145	126	185	185	150	189
KN	10	14	29	26	31	24	18	27	20	31	21	22	43	24	30	24	16	22
LB	45	73	96	79	107	65	118	82	126	134	116	105	173	180	180	164	138	150
MA	27	35	49	40	91	56	59	66	48	61	64	53	143	117	133	138	133	143
OG	1	3	3	5	1	2	2	1	1	1	2	5	5	6	6	5	2	2
RT	13	10	10	8	6	9	3	5	10	19	22	18	9	10	13	14	16	16
S	11	7	13	8	7	5	10	3	2	6	9	11	12	12	4	7	16	10
TUT	-												35	26	19	26	17	24
UL	9	8	6	10	15	5	6	6	9	11	11	7	6	17	19	8	10	7

Erläuterungen:

Unter VUA sind in diesem Kontext die zum jeweiligen Zeitpunkt für die Bearbeitung von Verkehrsunfällen mit Todesfolge und schwerem Personenschaden zuständigen Organisationseinheiten zu verstehen.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Tuttlingen konnten aufgrund fehlerhafter Erfassungen keine validen Daten für das Jahr 2014 erhoben werden.

Der statistischen Auswertung unterliegen als „kleinere Verkehrsunfälle“ im Kontext dieser Anfrage alle Verkehrsunfälle mit Leichtverletzten sowie mit Sachschaden.

den. Sogenannte Kleinstunfälle sind aufgrund der vereinfachten Bearbeitung nicht entsprechend statistisch auswertbar.

Die VUA ist neben schweren Verkehrsunfällen auch in nicht unerheblichem Maße für die Bearbeitung von Unfällen in besonderen Fallkonstellationen zuständig, beispielsweise Verkehrsunfälle

- mit Beteiligung von Fahrzeugen des Schwerverkehrs (wenn besonderer technischer Sachverstand oder Spezialkenntnisse erforderlich sind)
- mit Beteiligung von Fahrzeugen des Öffentlichen Personennahverkehrs
- mit Beteiligung von BOS-Dienstfahrzeugen (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst) oder
- mit komplexen Spurenlagen, die besondere Sachkenntnis hinsichtlich deren Bewertung und Sicherung erfordern.

Einige regionale Polizeipräsidien haben zur weiteren Entlastung der Polizeireviere der VUA über die Standardaufgaben hinaus auch Unfälle mit leichtverletzten Personen oder mit Sachschaden übertragen.

V. Baumaßnahmen

1. *Wie ist der Sachstand der einzelnen im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen (detaillierte Auflistung)?*
2. *Welche Maßnahmen über 50 000 Euro wurden in Auftrag gegeben (mit konkreter Bezeichnung der Maßnahme, des Beauftragungszeitpunkts, des [voraussichtlichen] Fertigstellungszeitpunkts und der geplanten Kosten)?*
3. *Welche Maßnahmen über 50 000 Euro wurden noch nicht in Auftrag gegeben (mit konkreter Bezeichnung der Maßnahme, des voraussichtlichen Beauftragungszeitpunkts und Fertigstellungszeitpunkts sowie der geplanten Kosten)?*

Zu 1. bis 3.:

Im Staatshaushaltsplan sind im Zusammenhang mit der Polizeireform 32 sogenannte Große Baumaßnahmen mit Gesamtbaukosten bzw. Planungskosten in Höhe von 130,1 Mio. Euro etatisiert. Bei Großen Baumaßnahmen handelt es sich um Neubauten, Große Um- und Erweiterungsbauten sowie umfangreiche Instandsetzungen, soweit die entstehende Wertverbesserung 20.000 Euro übersteigt und die Gesamtbaukosten mehr als 375.000 Euro bzw. ab einer Etatisierung im Staatshaushaltsplan 2015/16 mehr als 750.000 Euro betragen. Darüber hinaus ist im Staatshaushaltsplan derzeit für rund 100 sogenannte Kleine Baumaßnahmen und Bauunterhaltsmaßnahmen mit Gesamtbaukosten von insgesamt rund 15,5 Mio. Euro Vorsorge getroffen. Hierin sind die Interim-FLZ mit Gesamtbaukosten von rund 5 Mio. Euro enthalten, die zur Umsetzung der Polizeireform in einem ersten Schritt bereits eingerichtet wurden.

Aufgrund der verhältnismäßig großen Anzahl an Kleinen Baumaßnahmen und Bauunterhaltsmaßnahmen ist eine objektscharfe Auflistung dieser Maßnahmen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich. Überdies machen sie einen verhältnismäßig geringen Anteil an den etatisierten Mitteln in Höhe von 145,6 Mio. Euro aus.

Vor diesem Hintergrund sind in nachfolgenden Tabellen alle Großen Baumaßnahmen, die im Rahmen der Polizeistrukturreform umgesetzt wurden und werden, dargestellt.

In nachfolgender Tabelle sind alle bereits in Auftrag gegebenen Großen Baumaßnahmen, die im Rahmen der Polizeistrukturreform umgesetzt werden, dargestellt.

PP	beauftragte Maßnahmen	Gesamtbaukosten	Auftragszeitpunkt	voraussichtliche Fertigstellung
HfPolBW	Böblingen, Institut für Fortbildung, Umbau für Einzelzimmer Fortbildungsteilnehmende 1.BA	2.000.000 €	11.02.2015	IV / 15
UL	Ulm, Polizeipräsidium Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum	4.650.000 €	29.07.2015	III / 17
HfPolBW	Biberach, Institut für Ausbildung und Training, Geb. 18 und 26 für Situatives Handlungstraining	2.100.000 €	07.05.2014	III / 15
HN	Heilbronn, Kriminalpolizeidirektion Interimsunterbringung	1.700.000 €	29.07.2015	IV / 15
KN	Konstanz, Polizeipräsidium, Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum	4.550.000 €	14.04.2014	IV / 14
HfPolBW	Villingen-Schwenningen, HfPolBW Geb. E, Umnutzung zu Bürogebäude, barrierefreie Erschließung	491.000 €	12.06.2014	III / 16
PTLS Pol	Biberach, Polizeiärztlicher Dienst Umbau und Sanierung	1.050.000 €	25.08.2014	II / 16
S	Stuttgart, Polizeipräsidium, Erweiterungsbau Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum	6.500.000 €	19.08.2015	IV / 17
PTLS Pol	Lahr, Polizeiärztlicher Dienst, Umbau und Sanierung	1.000.000 €	01.06.2015	III / 17
PP Einsatz	Umkirch, Einsatzeinheiten Südbaden, Umbau und Sanierung	2.000.000 €	Sept. 2015	IV / 16
MA	Mannheim, Polizeipräsidium Hochuferstr. 54-56, Erweiterung Schießanlage	1.200.000 €	01.06.2015	IV / 16
PP Einsatz	Göppingen, SEK, Geb. 7, Umbau und Ausbau für SEK	2.000.000 €	01.06.2015	IV / 16

In nachfolgender Tabelle sind alle zum jetzigen Zeitpunkt bekannten und noch nicht in Auftrag gegebenen Großen Baumaßnahmen, die im Rahmen der Polizeistrukturreform umgesetzt werden sollen, dargestellt.

PP	noch nicht beauftragte Maßnahme	Gesamtbaukosten geschätzt*	voraussichtlicher Auftragszeitpunkt	voraussichtliche Fertigstellung
HfPolBW	Lahr, Institut für Ausbildung und Training, Geb. 11, Umbau für Situatives Handlungstraining	2.000.000 €	I / 2016	IV / 16
S	Stuttgart, Landeskriminalamt, Herrichtung für KTI	3.200.000 €	IV / 2015	I / 18
KN	Ravensburg, Polizeirevier, Kriminalkommissariat	9.100.000 €	III / 2015	IV / 17
MA	Mannheim, Polizeipräsidium, Erweiterung Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum	6.000.000 €	IV / 2015	IV / 17
AA	Aalen, Polizeipräsidium, Sanierung und Erweiterung Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum	8.600.000 €	IV / 2015	III / 17
AA	Schwäbisch Hall, Neubau Polizeirevier und Kriminalkommissariat	7.300.000 €	III / 2015	III / 17
OG	Offenburg, Polizeipräsidium, Erweiterung Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum / Büro	12.000.000 €	IV / 2015	I / 18
RT	Reutlingen, Polizeipräsidium, Ersatzbau Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum	11.000.000 €	IV / 2015	IV / 17
FR	Freiburg, Polizeipräsidium, Ertüchtigung Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum im Bestand und Sanierung	3.100.000 €	IV / 2015	I / 17
FR	Lörrach, Polizeirevier Sanierung und Anpassung	2.800.000 €	IV / 2015	III / 17
TUT	Tuttlingen, Polizeipräsidium, Sanierung und Erweiterungsbau Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum / Büro	7.000.000 €	IV / 2015	IV / 17
TUT	Rottweil, Kriminaldirektion, Erweiterungsbau	4.600.000 €	IV / 2015	II / 18
KN PP Einsatz	Mühlhausen-Ehingen, Verkehrskommissariat und Einsatzinheit Bodensee des PP Einsatz Neubau und Anpassung im Bestand	6.600.000 €	III / 2015	III / 18
HfPolBW	Böblingen, Institut für Fortbildung, Umbau Einzelzimmer für Fortbildungsteilnehmende 2. BA	5.500.000 €	III / 2015	I / 17

HfPolBW	Biberach, Institut für Ausbildung und Training, Sportbildungsstätte Halle 8, Umbau und Ausbau für Sportbildungsstätte (2. BA)	1.100.000 € *	-	-
HfPolBW	Böblingen, Institut für Fortbildung, Umbau und Ausbau Geb. 41 + 41a für Institutsleitung, Verwaltung und IB Personalgewinnung	2.000.000 € *	-	-
AA	Waiblingen, Kriminalpolizeidirektion, Umbau und Erweiterung KT-Labore	1.250.000 € *	-	-
PP Einsatz	Bruchsal, PP Einsatz, Vorabmaßnahme, Geb. 1, Umbau Einzelzimmer für Fortbildungsteilnehmende PP Einsatz	1.800.000 € *	-	-
KA HN	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Polizeistrukturreform für das Polizeipräsidium Heilbronn und das Polizeipräsidium Karlsruhe, Planungsrate	6.000.000 €	-	-
LB	Ludwigsburg, Polizeipräsidium, Neubau Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum	6.500.000 € *	-	-
HfPolBW	Böblingen, Institut Fortbildung, Umbau Einzelzimmer für Fortbildungsteilnehmende 3. BA	3.500.000 € *	-	-
HfPolBW	Böblingen, Institut Fortbildung, Umbau und Ausbau Geb. 40/40a für VPDirektion PP LB / MEK	6.900.000 € *	-	-
HfPolBW	Böblingen, Institut Fortbildung, Neubau Schulungszentrum	7.500.000 € *	-	-
FR	Emmendingen, Polizeirevier und Kriminalkommissariat Erweiterungs- und Umbau	3.900.000 € *	-	-
PP Einsatz PTLS Pol	Göppingen, Unterbringung PP Einsatz und PTLs Pol, Reformpaket 2	9.000.000 € *	-	-
HN	Heilbronn, Polizeipräsidium, Neubau für Ausbau-, Führungs- und Lagezentrum und Büro	22.000.000 € *	-	-
TUT	Horb, Verkehrsüberwachung, Neubau	2.000.000 € *	-	-
KA	Karlsruhe, Polizeipräsidium, Führungs- und Lagezentrum, Durlacher-Allee 31-33, Bauteil E+F für FLZ, 2. BA	17.625.000 € *	-	-

KA	Karlsruhe, Polizeipräsidium, Durlacher-Allee 31-33, Neubau Geb. Z für Kriminalpolizeidirektion, 3. BA	14.025.000 € *	-	-
TUT	Zimmern, Verkehrspolizeidirektion und Polizeihundeführerstaffel Neubau	3.000.000 € *	-	-
PP Einsatz	Bruchsal, Unterbringung PP Einsatz, Reformpaket 1	9.000.000 € *	-	-
FR	Waldshut-Tiengen, Polizeirevier, Krimi- nalkommissariat und Verkehrspolizei- direktion Sanierung und Umbau im Bestand	2.900.000 € *	-	-
PP Einsatz PTLS Pol	Göppingen, Unterbringung PP Einsatz und PTLS Pol, Reformpaket 3	8.000.000 € *	-	-
KA	Karlsruhe, Polizeipräsidium, Durlacher-Allee 31-33, Bauteil A-D Anpas- sung und Sanierung, 4. BA	3.000.000 € *	-	-
PP Einsatz	Bruchsal, Unterbringung PP Einsatz, Reformpaket 2	2.300.000 € *	-	-
HfPolBW	Biberach, Institut für Ausbildung und Training, Geb. 4, Umbau Einzelzimmer für Fortbil- dungsteilnehmende	850.000 € *	-	-
KN	Sigmaringen, Polizeirevier, Verkehrspoli- zeidirektion, Neubau Garagengebäude	800.000 € *	-	-
RT	Reutlingen, Polizeipräsidium, Rückbau Interims-FLZ, sowie Anpassung Verwaltung	1.600.000 € *	-	-
HfPolBW	Lahr, Institut für Ausbildung und Train- ing Umbau Halle 10 für Situatives Handlungs- training	1.100.000 € *	-	-
Ulm	Göppingen, Polizeirevier und Kriminal- kommissariat, Anpassungsmaßnahmen im Bestand	900.000 € *	-	-
UL	Ulm, Polizeipräsidium, Unterbringung Polizeihundeführerstaffel, Einsatztraining	1.400.000 € *	-	-
HfPolBW	Lahr, Institut für Ausbildung und Train- ing, Geb. 4, Einzelzimmer für Fortbildungsteil- nehmende	850.000 € *	-	-

UL	Mühlhausen im Täle, Autobahnpolizeirevier, Anpassungsmaßnahmen	800.000 € *	-	-
TUT	Balingen, Polizeirevier und Kriminalkommissariat, Umbau im Bestand	1.300.000 € *	-	-
RT	Reutlingen, Polizeirevier, Burgstr. 27, Anpassungsmaßnahmen	1.600.000 € *	-	-
RT	Reutlingen, Polizeirevier, Burgstr. 29, Anpassungsmaßnahmen	2.000.000 € *	-	-
RT	Reutlingen, Kriminalkommissariat, Kaiserstr. 103, Anpassungsmaßnahmen	764.000 € *	-	-
RT	Tübingen, Polizeirevier, Konrad-Adenauer-Str. 30, Anpassungsmaßnahmen	2.000.000 € *	-	-
RT	Tübingen, Polizeirevier, Konrad-Adenauer-Str. 32, Anpassungs- und Brandschutzmaßnahmen	1.900.000 € *	-	-

* grob geschätzte Gesamtbaukosten

- eine belastbare Aussage zu dem voraussichtlichen Auftragszeitpunkt und der voraussichtlichen Fertigstellung ist aufgrund des Planungsstands nicht möglich

4. Welche (voraussichtlichen) Abweichungen von über 20 000 Euro je Einzelmaßnahme im Abgleich mit der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeireform sind bereits eingetreten bzw. werden erwartet?

Zu 4.:

Bei den Maßnahmen, die in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Eingang gefunden haben, wurde und wird im Zuge der Umsetzung vielfach eine weitere Konkretisierung erforderlich. Das gilt insbesondere für Maßnahmen im Unterbringungsbereich. Aus der Konkretisierung ergeben sich in einer Vielzahl von Fällen gegenüber der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Änderungen, z. B. in Bezug auf den Umfang des jeweiligen Bedarfs, hinsichtlich der ursprünglich vorgesehenen Bedarfsdeckung wie auch in finanzieller Hinsicht. Diese Änderungen können sowohl Kostensteigerungen als auch Einsparungen zur Folge haben. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung auf Basis der Kostenrichtwerte 2011 erstellt wurde. So sind zum Beispiel Baupreissteigerungen nicht eingepreist.

In der Summe ergeben sich damit gegenüber der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung aus dem Jahr 2012 mit dem zugrunde liegenden langen Zeitraum von 15 Jahren gewisse Unwägbarkeiten. Stand heute wird jedoch davon ausgegangen, dass sich die Kostensteigerungen bzw. Einsparungen finanziell in etwa ausgleichen werden.

Aufgrund der o. g. Änderungen innerhalb der einzelnen Maßnahmen und bezogen auf das gesamte Bauprogramm sind die in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung je Einzelmaßnahme angesetzten Kostenschätzungen mit den aktuellen Kostenrechnungen bzw. -schätzungen nicht seriös vergleichbar.

5. *Kann sie ausschließen, dass es bei sämtlichen noch zu beauftragenden Baumaßnahmen nach Abschluss der Evaluation der Polizeireform keinen Anpassungsbedarf gibt (falls dies nicht der Fall ist mit Angabe, weshalb die Beauftragungen von Baumaßnahmen nicht bis zum Abschluss der Evaluation der Polizeireform gestoppt werden)?*

Zu 5.:

Wie vorher unter I. Organisation der Polizeipräsidien dargestellt, verbietet es sich grundsätzlich, zum jetzigen Zeitpunkt Aussagen über Konsequenzen einer Evaluation zu treffen, ehe deren Ergebnisse vorliegen. Ein grundlegender Anpassungsbedarf wäre aber sicherlich nicht erst nach der Evaluation der Polizeireform, sondern bereits jetzt erkennbar. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Im Zuge der Umsetzung der reformbedingten Baumaßnahmen erfolgen im Detail Konkretisierungen, in denen die aktuellen Entwicklungen, bspw. bei der Anzahl der neu einzurichtenden Arbeitsplätze, berücksichtigt werden. Die strukturellen und organisatorischen Festlegungen der Polizeireform und somit die daraus resultierenden Baumaßnahmen werden dabei nicht in Frage gestellt.

VI. Feststellung des Verbesserungsbedarfs

1. *Welchen genauen Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform sieht nach ihrem Kenntnisstand der Karlsruher Polizeipräsident (mit detaillierter Darstellung)?*

Zu 1.:

Ein wesentliches Ziel der Polizeireform war, die Polizeipräsidien personell und strukturell so auszustatten, dass sie alle polizeilichen Aufgaben in ihrer Zuständigkeit selbstständig und lageorientiert erfüllen können.

Polizeipräsident Günther Freisleben hat sich (auch in der Presse) in konstruktiver Art und Weise zu Veränderungsmöglichkeiten bezogen auf das Polizeipräsidium Karlsruhe geäußert. Eine grundlegende Kritik an der Polizeireform und ihren Zielen ist hierunter nicht zu verstehen.

Seine Ausführungen „Wir müssen nachjustieren“ (Südwest Presse vom 25. Juni 2015) bestätigen, dass die Präsidien in der Lage sind, flexibel auf Herausforderungen zu reagieren. So hat Polizeipräsident Freisleben in Abstimmung mit dem Landespolizeipräsidium eine Regelung für die Wintermonate 2014/2015 getroffen, die sicherstellte, dass bei schweren Verkehrsunfällen im Landkreis Calw keine zu langen Wartezeiten für die Anfahrt der Verkehrsunfallgruppe Pforzheim auftraten. Ähnlich flexibel will er auch bei Anforderungen an den Kriminaldauerdienst reagieren. Als Reaktion auf die aktuellen polizeilichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der anhaltenden starken Zuwanderung von Flüchtlingen hat das Polizeipräsidium Karlsruhe eine Koordinierungsstelle „Zuwanderung“ eingerichtet.

Zum anderen sieht Polizeipräsident Freisleben – im Einklang mit dem Innenministerium – den Bedarf, im Rahmen der Evaluation der Polizeireform auch organisatorische oder geografische Festlegungen innerhalb der Präsidien zu untersuchen. Seine Frage, „Wie viel Spezialwissen brauchen wir, wie viel Nähe?“ (Quelle w. o.) skizziert eine der Fragestellungen, welche in der strukturellen Analyse der Polizeireform zu beantworten sein werden.

2. *Welchen genauen Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform sieht nach ihrem Kenntnisstand der Landespolizeipräsident (mit detaillierter Darstellung)?*

Zu 2.:

Landespolizeipräsident Gerhard Klotter sieht eine umfassende Evaluation der Polizeireform als zwingende Voraussetzung dafür, konkreten Nachbesserungsbedarf zu erkennen. Bei einzelnen Themenfeldern wäre es nach Auffassung des Landespolizeipräsidenten nicht seriös, schon jetzt eine Bilanz zu ziehen.

Auch gelte es, im Sinne einer „Best Practice“ die Umsetzung einzelner Reformaspekte in den Dienststellen und Einrichtungen zu untersuchen. Im Zuge der Untersuchungen gelte es zunächst zu prüfen, ob und warum einzelne Elemente der Reform in manchen Dienststellen erfolgreich umgesetzt wurden und wirken, während sich in anderen gegebenenfalls die erwarteten Wirkungen noch nicht vollständig eingestellt haben.

Ehe über grundsätzliche Nachbesserungen der Reform nachgedacht wird, ist nach Auffassung des Landespolizeipräsidenten hier priorisiert zu prüfen, inwiefern erfolgreiche Prozesse von Referenzdienststellen auf andere übertragbar sind.

3. Welche Indikationen wurden beim Monitoring der Polizeireform untersucht, wie stellen sich diese dar und welche Empfehlungen bzw. Handlungsfelder wurden identifiziert (mit detaillierter Auflistung je Indikator und Präsidium, aufgeteilt monatlich ab Januar 2015)?

Zu 3.:

Zweck des Monitorings ist, bei reformkritischen Fehlentwicklungen rechtzeitig steuernd eingreifen zu können, indem bestimmte Daten bzw. Parameter über die Erreichung der wesentlichen Ziele der Polizeireform fortlaufend systematisch beobachtet und analysiert werden. Die Parameter zu den jeweiligen Indikatoren werden grundsätzlich quartalsweise erhoben und (wo möglich) geschlüsselt nach Dienststelle bzw. Einrichtung dargestellt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Zahlen der Erhebung des ersten Quartals (Erhebungsstichtag 31. März) und des ersten Halbjahres 2015 (Erhebungsstichtag 30. Juni) dargestellt. Die Halbjahreszahlen spiegeln den kumulierten Wert der ersten sechs Monate wider. Einige Indikatoren werden nur im Halbjahres- oder Jahresrhythmus erhoben.

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Gewährleistung der standardisierten Präventionsaufgaben / Pflichtaufgaben Prävention	Auswahl von aussagekräftigen, durch die Referate Prävention zu leistenden Pflichtaufgaben, mit direktem Bezug zur Zielgruppe Schülerinnen und Schüler für eine flächendeckende, standardisierte Aufgabenwahrnehmung im Land. Der angegebene Wert misst die erreichten Zielgruppen in ausgewählten Handlungsfeldern im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Zielgruppen.	24.02. 2015	30.06. 2015	20,9 %	-	-	-	-	-
Zentrales Führungs- und Lagezentren (FLZ)	Anzahl der Fahrzeugdisponierungen durch das FLZ im Verhältnis zu den Fahrzeugdisponierungen durch anderen Organisationseinheiten (in %).	01.01. 2015	31.03. 2015	68,0 %	33,0 %	27,0 %	14,0 %	14,0 %	99,0 %
		01.01. 2015	30.06. 2015	68,0 %	32,0 %	29,0 %	12,0 %	27,0 %	99,0 %
Zentralisierung geschlossener Einheiten / Einsatzauslastung der Bereitschaftspolizeidirektionen	Einsatzauslastung der stehenden geschlossenen Einheiten des Polizeipräsidiums Einsatz auf Basis eines festgelegten „tatsächlichen Ist“ Personalbestandes (Einsatzstunden einschließlich der gesondert auszuweisenden Rüst- und Fahrzeiten in %).	01.01. 2015	31.03. 2015	68,0 %	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	82,0 %	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Verstärkung der operativen Basis / Operative Verstärkung Polizei Baden-Württemberg	(Summarischer) Vergleich der Personalstärken (Stellenanzahl Haushalts-Soll Polizeivollzugsdienst) der Polizeio-rganisation vor und nach der Polizeireform zur Feststellung von operativen Verstärkungspotenzialen in Form von a) zusätzlichen Stellen und b) intern freigesetzten / umverteilten Stellen aus dem Bereich „Leitung / Stabsfunktion“ in den Bereich „operative Aufgaben“.	01.10. 2012	01.12. 2014	776,0 (Spezifische und nicht im Zusammenhang mit der Polizeireform stehende Stellenveränderungen wurden als zentrale Veranschlagungen nur bei der Gesamtbilanz berücksichtigt.)	53,5	60,5	88,5	136,5	76,0
Verstärkung der operativen Basis / Operative Verstärkung Polizeireviere	Vergleich der Personalstärken (Stellenanzahl Haushalts-Soll Polizeivollzugsdienst) der Polizeireviere eines regionalen Polizeipräsidiums vor und nach der Polizeireform zur Feststellung von operativen Verstärkungspotenzialen in Form von a) zusätzlichen Stellen und b) intern freigesetzten / umverteilten Stellen aus dem Bereich „Leitung / Stabsfunktion“ in den Bereich „operative Aufgaben“.	01.10. 2012	01.12. 2014	400,9	24,0	31,0	36,0	62,0	23,9

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Verstärkung der operativen Basis / Leitungsquote regionale Polizeipräsidien	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärken Polizeivollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den zugewiesenen Planstellen der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidialbereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07. 2014	30.06. 2015	97,0 %	98,6 %	97,9 %	92,5 %	97,8 %	93,0 %
Verstärkung der operativen Basis / Leitungsquote regionale Polizeipräsidien IST „brutto“	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärken Polizeivollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den tatsächlichen Personalstärken Polizeivollzugsdienst (Ist „brutto“ in Vollzeitäquivalenten) der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidialbereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07. 2014	30.06. 2015	107,1 %	112,7 %	118,4 %	97,5 %	106,2 %	107,0 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Verstärkung der operativen Basis / Leitungsquote regionale Polizeipräsidien IST „netto“	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärken Polizeivollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den tatsächlichen Personalstärken Polizeivollzugsdienst (Ist „netto“ in Vollzeitäquivalenten) der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidialbereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07.2014	30.06.2015	109,7 %	112,2 %	110,6 %	104,0 %	115,7 %	111,0 %
Leistungsstarke Verkehrsunfallaufnahme (VUA)/Bearbeitungsanteil VUA an tödlichen Verkehrsunfällen (VU)	Bearbeitungsanteil VUA an tödlichen VU (in %).	01.01.2015	31.03.2015	84,2 %	100,0 %	90,0 %	100,0 %	100,0 %	37,5 %
		01.01.2015	30.06.2015	94,1 %	100,0 %	96,3 %	92,9 %	100,0 %	100,0 %
Leistungsstarke VUA / Bearbeitungsanteil VUA an VU mit schwerverletzten Personen	Bearbeitungsanteil VUA an VU mit schwerverletzten Personen (in %).	01.01.2015	31.03.2015	59,2 %	56,4 %	54,0 %	46,7 %	76,2 %	46,2 %
		01.01.2015	30.06.2015	63,2 %	53,9 %	53,5 %	49,1 %	72,0 %	76,4 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Leistungsstarke VUA / Interventionszeiten VUA	Anforderungen VUA bis Eintreffen am Unfallort in der Kernzeit (06 bis 22 Uhr) innerhalb x+45.	01.01. 2015	31.03. 2015	95,0 %	94,5 %	95,0 %	100,0 %	97,0 %	88,2 %
		01.01. 2015	30.06. 2015	85,6 %	86,2 %	84,9 %	90,5 %	86,2 %	84,0 %
Leistungsstarke Verkehrsüberwachung (VÜ) / VÜ-Geräteauslastung	Einsatzzeiten von Großmessgeräten (ESO 3.0 und Vitronic PoliScanSpeed), gemessen in Einsatzstunden pro Gerät pro Woche (h/W).	01.01. 2015	31.03. 2015	17,58 h/W	8,51 h/W	25,04 h/W	17,62 h/W	16,52 h/W	17,00 h/W
		01.01. 2015	30.06. 2015	17,70 h/W	10,61 h/W	24,20 h/W	15,56 h/W	18,07 h/W	19,03 h/W
Konzentration des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) / Einsatzstunden MEK	Geleistete Einsatzstunden der MEK in Freiburg, Göppingen, Stuttgart und Karlsruhe.	01.01. 2015	30.06. 2015	57.390 h	-	-	-	-	-
Landesweite Einrichtung Kriminaldauerdienst (KDD) / Interventionszeiten KDD	Anforderungen KDD bis Eintreffen am Ereignisort innerhalb x+60 (in %).	01.01. 2015	31.03. 2015	90,6 %	73,6 %	89,3 %	93,5 %	95,1 %	88,5 %
		01.01. 2015	30.06. 2015	95,2 %	89,2 %	94,9 %	97,2 %	96,6 %	95,3 %
Leistungsstarke Kriminaltechnik / Tatortquote Wohnungseinbruchdiebstahl / Tageswohnungseinbruch (WED / TWE)	Relation (in %) der von der Zentralen Kriminaltechnik der regionalen Polizeipräsidien durchgeführten Spurensicherungen in Fällen des WED / TWE im Verhältnis zur Gesamtzahl WED / TWE (Versuch und Vollendung).	01.01. 2015	30.06. 2015	48,4 %	54,9 %	40,9 %	32,7 %	43,2 %	24,8 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Leistungsstarke Kriminaltechnik / Bearbeitungs-dauer DNA	Anzahl der Tage, in denen 80 % der Aufträge im Kriminal-technischen Institut im Lan-deskriminalamt abgeschlossen werden.	01.01. 2015	30.06. 2015	155 Tage	-	-	-	-	-
Verbesserte Bekämpfung der Banden- und Organisier-ten Kriminalität (B / OK) / Ermitt-lungsverfahren B / OK	Anzahl der jährlich in Bearbei-tung befindlichen B / OK- Ermittlungsverfahren.	01.01. 2015	30.06. 2015	22	-	-	2	3	2
Einrichtung und Führung von Sonderkommis-sionen / Unter-stützungsquote Sonderkommis-sion (Quote)	Verhältnis (in %) der Sonder-kommissionen mit nicht nur unwesentlicher Unterstützung durch andere regionale Poli-zeipräsidien im Verhältnis zur Gesamtzahl der Sonderkom-missionen (1. Halbjahr 2015; 6 Sonderkommissionen).	01.01. 2015	30.06. 2015	0,0 %	-	-	-	-	-
Sozialverträ-gliche Umsetzung (SVU) / SVU – Stufenverfahren	Anzahl der durch den Vollzug des Polizeistrukturreforme-setzes veranlasseten Perso-nalmaßnahmen, die im Rah-men der Beteiligung der Per-sonalvertretung im Stufenver-fahren bei der obersten Dienstbehörde gebildeten Stufenvertretung anhängig sind.	01.01. 2015	31.03. 2015	1	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	1	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – Widersprüche	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlasste Personalmaßnahmen anhängigen Widersprüche.	01.01. 2015	31.03. 2015	22	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	16	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – verwaltungsgerichtliche Verfahren	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlasste Personalmaßnahmen anhängigen verwaltungsgerichtlichen Klageverfahren.	01.01. 2015	31.03. 2015	6	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	3	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – arbeitsgerichtliche Verfahren	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlasste Personalmaßnahmen anhängigen arbeitsgerichtlichen Klageverfahren.	01.01. 2015	31.03. 2015	0	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	0	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – Telearbeitsplätze	Anzahl der Telearbeitsplätze, die seit Inkrafttreten der einschlägigen „Dienstvereinbarung Telearbeit im Rahmen der sozialverträglichen Umsetzung der Polizeireform“ auf deren Basis bei der Koordinierungsstelle Telearbeit SVU beantragt und positiv beschieden wurden.	01.01. 2015	31.03. 2015	6	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	6	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Nichtvollzug-Beamte	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Nichtvollzug-Beamte gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 03 14 bis 03 18) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Nichtvollzugs-Beamte (Ist) in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	100,0 %	69,8 %	149,2 %	104,5 %	124,7 %	76,6 %
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Nichtvollzug-Beschäftigte	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Nichtvollzug-Beschäftigte gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 03 14 bis 03 18) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Nichtvollzugs-Beschäftigte in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	100,0 %	103,0 %	135,0 %	106,2 %	110,8 %	96,6 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Polizeivollzugsdienst	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Polizeivollzugsdienst gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 0301, 0314 bis 0318) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Polizeivollzugsdienst in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	100,0 %	99,8 %	103,2 %	100,4 %	100,8 %	98,3 %
Einrichtung leistungsstarkes Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei (PTLS Pol) / Vergabeverfahren-Index	Anzahl der bei der Vergabestelle des PTLS Pol eingehenden Vergabeverfahren im Verhältnis zur Anzahl der von der Vergabestelle bearbeiteten Vergabeverfahren.	01.01. 2015	31.03. 2015	100,0 %	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	100 %	-	-	-	-	-
Einrichtung leistungsstarkes PTLS Pol / Erstlösungsquote Service Desk der Polizei	Anzahl der vom Service Desk der Polizei endbearbeiteten Calls im Verhältnis zur Gesamtzahl aller beim Service Desk eingehender Calls.	01.01. 2015	31.03. 2015	85,0 %	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	85,0 %	-	-	-	-	-
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsindex dezentral	Teilnehmermannnate an dezentralen Fortbildungen in Relation zur Gesamtzahl der Beschäftigten (IST) der Dienststelle / Einrichtung.	01.01. 2015	30.06. 2015	0,07	0,15	0,06	0,09	0,04	0,10

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	BW	PP AA	PP FR	PP HN	PP KA	PP KN
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsin dex zentral Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPolBW)	Teilnehmermanntage an zentralen Fortbildungen der HfPolBW.	01.01. 2015	30.06. 2015	21.710	-	-	-	-	-
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsin dex zentral PP Einsatz	Teilnehmermanntage an zentralen Fortbildungen des PP Einsatz – Fortbildungen des Trainingszentrums PHF und Fortbildungen geschlossener Einheiten.	01.01. 2015	30.06. 2015	7.555	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Gewährleistung der standardisierten Präventionsaufgaben / Pflichtaufgaben Prävention	Auswahl von aussagekräftigen, durch die Referate Prävention zu leistenden Pflichtaufgaben, mit direktem Bezug zur Zielgruppe Schülerinnen und Schüler für eine flächendeckende, standardisierte Aufgabenwahrnehmung im Land. Erreichte Zielgruppen in den ausgewählten Handlungsfeldern im Verhältnis zur Ge-	24.02. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
	<p>Samtanzahl der Zielgruppen. Der angegebene Wert misst die erreichten Zielgruppen in ausgewählten Handlungsfeldern im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Zielgruppen.</p>								
Zentrales Führer- / Dispositionsquote der Führungs- und Lagezentren (FLZ)	Anzahl der Fahrzeugdispositionen durch das FLZ im Verhältnis zu den Fahrzeugdispositionen durch anderen Organisationseinheiten (in %).	01.01. 2015	31.03. 2015	87,0 %	100,0 %	47,0 %	94,0 %	100,0 %	100,0 %
Zentralisierung geschlossener Einheiten / Einsatzauslastung der Bereitschaftspolizeidirektionen	Einsatzauslastung der stehenden geschlossenen Einheiten des Polizeipräsidiums Einsatz auf Basis eines festgelegten „tatsächlichen Ist“ Personalbestandes (Einsatzstunden einschließlich der gesondert auszuweisenden Rüst- und Fahrzeiten in %).	01.01. 2015	30.06. 2015	82,0 %	100,0 %	47,0 %	95,0 %	100,0 %	100,0 %
		01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Verstärkung der operativen Basis/Operative Verstärkung Polizei Baden-Württemberg	(Summarischer) Vergleich der Personalstärken (Stellenanzahl Haushalts-Soll Polizeivollzugsdienst) der Polizeiorganisation vor und nach der Polizeireform zur Feststellung von operativen Verstärkungspotenzialen in Form von a) zusätzlichen Stellen und b) intern freigesetzten / umverteilten Stellen aus dem Bereich „Leitung / Stabsfunktion“ in den Bereich „operative Aufgaben“.	01.10. 2012	01.12. 2014	31,5	81,0	52,0	69,0	46,0	93,5
Verstärkung der operativen Basis/Operative Verstärkung Polizeireviere	Vergleich der Personalstärken (Stellenanzahl Haushalts-Soll Polizeivollzugsdienst) der Polizeireviere eines regionalen Polizeipräsidiums vor und nach der Polizeireform zur Feststellung von operativen Verstärkungspotenzialen in Form von a) zusätzlichen Stellen und b) intern freigesetzten / umverteilten Stellen aus dem Bereich „Leitung / Stabsfunktion“ in den Bereich „operative Aufgaben“.	01.10. 2012	01.12. 2014	24,0	52,0	27,0	39,0	26,0	36,0

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Verstärkung der operativen Basis / Leistungsquote regionale Polizeipräsidien	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärken Polizeivollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den zugewiesenen Planstellen der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidiabereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07. 2014	30.06. 2015	98,2 %	92,9 %	96,4 %	89,7 %	104,2 %	100,5 %
Verstärkung der operativen Basis / Leistungsquote regionale Polizeipräsidien IST „brutto“	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärken Polizeivollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den tatsächlichen Personalstärken Polizeivollzugsdienst (Ist „brutto“ in Vollzeitäquivalenten) der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidiabereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07. 2014	30.06. 2015	100,3 %	109,3 %	104,6 %	104,0 %	107,5 %	101,9 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Verstärkung der operativen Basis / Leistungsquote regionale Polizeipräsidien IST „netto“	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärke der vollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den tatsächlichen Personalstärken Polizeivollzugsdienst (Ist „netto“ in Vollzeitäquivalenten) der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidialbereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07.2014	30.06.2015	107,4 %	114,4 %	102,6 %	99,2 %	123,0 %	100,0 %
Leistungsstarke Verkehrsunfallaufnahme (VUA)/Bearbeitungsanteil VUA an tödlichen Verkehrsunfällen (VU)	Bearbeitungsanteil VUA an tödlichen VU (in %).	01.01.2015	31.03.2015	100,0 %	77,8 %	50,0 %	100,0 %	0,0 %	80,0 %
		01.01.2015	30.06.2015	100,0 %	100,0 %	58,8 %	100,0 %	75,0 %	88,9 %
Leistungsstarke VUA / Bearbeitungsanteil VUA an VU mit schwerverletzten Personen	Bearbeitungsanteil VUA an VU mit schwerverletzten Personen (in %).	01.01.2015	31.03.2015	71,8 %	48,4 %	50,0 %	67,5 %	83,8 %	37,0 %
		01.01.2015	30.06.2015	67,6 %	68,9 %	47,0 %	65,1 %	80,8 %	50,5 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Leistungsstarke VUA / Interventionszeiten VUA	Anforderungen VUA bis Eintreffen am Unfallort in der Kernzeit (06 bis 22 Uhr) innerhalb x+45.	01.01. 2015	31.03. 2015	98,0 %	95,0 %	91,0 %	97,3 %	95,5 %	75,0 %
		01.01. 2015	30.06. 2015	90,3 %	79,3 %	82,5 %	88,0 %	88,7 %	76,4 %
Leistungsstarke Verkehrsüberwachung (VU) / VÜ-Geräteauslastung	Einsatzzeiten von Großmessgeräten (ESO 3.0 und Vitronic PoliScanSpeed), gemessen in Einsatzstunden pro Gerät pro Woche (h/W).	01.01. 2015	01.03. 2015	20,77 h/W	16,30 h/W	7,00 h/W	27,53 h/W	20,86 h/W	17,17 h/W
		01.01. 2015	30.06. 2015	20,08 h/W	17,76 h/W	8,33 h/W	28,51 h/W	18,89 h/W	19,28 h/W
Konzentration des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) / Einsatzstunden MEK	Geleistete Einsatzstunden der MEK in Freiburg, Göppingen, Stutgart und Karlsruhe.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	31.03. 2015	95,2 %	94,8 %	92,3 %	95,3 %	89,2 %	77,2 %
Landesweite Einrichtung Kriminaldauerdienst (KDD) / Interventionszeiten KDD	Anforderungen KDD bis Eintreffen am Ereignisort innerhalb x+60 (in %).	01.01. 2015	30.06. 2015	98,4 %	95,8 %	94,9 %	95,1 %	96,4 %	90,8 %
		01.01. 2015	30.06. 2015	42,6 %	63,5 %	48,3 %	54,3 %	85,1 %	35,9 %
Leistungsstarke Kriminaltechnik / Tatortquote Wohnungseintrichsbruchdiebstahl / Tageswohnungseinbruch (WED / TWE)	Relation (in %) der von der Zentralen Kriminaltechnik der regionalen Polizeipräsidien durchgeführten Spurensicherungen in Fällen des WED / TWE im Verhältnis zur Gesamtzahl WED / TWE (Versuch und Vollendung).	01.01. 2015	30.06. 2015	42,6 %	63,5 %	48,3 %	54,3 %	85,1 %	35,9 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Leistungsstarke Kriminaltechnik / Bearbeitungs- dauer DNA	Anzahl der Tage, in denen 80 % der Aufträge im Kriminal- technischen Institut im Lan- deskriminalamt abgeschlossen werden.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
Verbesserte Bekämpfung der Banden- und Organisierten Kriminalität (B / OK) / Ermittlungsverfahren B / OK	Anzahl der jährlich in Bearbei- tung befindlichen B / OK- Ermittlungsverfahren.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	3	2	4	-	2
Einrichtung und Führung von Sonderkommission / Unterstüt- zungsquote Sonderkommission (Quote)	Verhältnis (in %) der Sonder- kommissionen mit nicht nur unwesentlicher Unterstützung durch andere regionale Poli- zeipräsidien im Verhältnis zur Gesamtzahl der Sonderkommissionen.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
Sozialverträ- gliche Umsetzung (SVU) / SVU – Stufenverfahren	Anzahl der durch den Vollzug des Polizeistrukturreformge- setzes veranlassenen Perso- nalmaßnahmen, die im Rah- men der Beteiligung der Per- sonalvertretung im Stufenver- fahren bei der obersten Dienstbehörde gebildeten Stufenvertretung anhängig sind.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – Widersprüche	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlassete Personalmaßnahmen anhängigen Widersprüche.	01.01.2015	31.03.2015	-	-	-	-	-	-
		01.01.2015	30.06.2015	-	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – verwaltungsgerichtliche Verfahren	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlassete Personalmaßnahmen anhängigen verwaltungsgerichtlichen Klageverfahren.	01.01.2015	31.03.2015	-	-	-	-	-	-
		01.01.2015	30.06.2015	-	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – arbeitsgerichtliche Verfahren	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlassete Personalmaßnahmen anhängigen arbeitsgerichtlichen Klageverfahren.	01.01.2015	31.03.2015	-	-	-	-	-	-
		01.01.2015	30.06.2015	-	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – Telearbeitsplätze	Anzahl der Telearbeitsplätze, die seit Inkrafttreten der einschlägigen „Dienstvereinbarung Telearbeit im Rahmen der sozialverträglichen Umsetzung der Polizeireform“ auf deren Basis bei der Koordinierungsstelle Telearbeit SVU beantragt und positiv beschieden wurden.	01.01.2015	31.03.2015	-	-	-	-	-	-
		01.01.2015	30.06.2015	-	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Nichtvollzug- Beamte	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Nichtvollzug-Beamte gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 0314 bis 0318) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Nichtvollzugsbeamte (Ist) in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	97,9 %	70,4 %	102,6 %	98,1 %	130,7 %	107,5 %
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Nichtvollzug- Beschäftigte	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Nichtvollzug-Beschäftigte gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 0314 bis 0318) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Nichtvollzugsbeschäftigte in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	96,1 %	96,5 %	100,3 %	115,8 %	91,8 %	94,2 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Polizeivollzugsdienst	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Polizeivollzugsdienst gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 0301, 0314 bis 0318) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Polizeivollzugsdienst in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	100,0 %	99,1 %	99,6 %	101,4 %	98,9 %	99,3 %
Einrichtung leistungsstarkes Präsidium Technik Logistik Service der Polizei (PTLS Pol) / Vergabeverfahren-Index	Anzahl der bei der Vergabestelle des PTLS Pol eingehenden Vergabeverfahren im Verhältnis zur Anzahl der von der Vergabestelle bearbeiteten Vergabeverfahren.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
Einrichtung leistungsstarkes PTLS Pol / Erstlösungsquote Service Desk der Polizei	Anzahl der vom Service Desk der Polizei endbearbeiteten Calls im Verhältnis zur Gesamtzahl aller beim Service Desk eingehender Calls.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsindex dezentral	Teilnehmermannnate an dezentralen Fortbildungen in Relation zur Gesamtzahl der Beschäftigten (IST) der Dienststelle / Einrichtung.	01.01. 2015	30.06. 2015	0,06	0,10	0,09	0,08	0,06	0,06

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP LB	PP MA	PP OG	PP RT	PP S	PP TUT
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsinde- x central Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPoIBW)	Teilnehmermänn- tage an zentralen Fortbildungen der HfPoIBW.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsinde- x central PP Einsatz	Teilnehmermänn- tage an zentralen Fortbildungen des PP Einsatz – Fortbildungen des Trainingszentrums PHF und Fortbildungen geschlossener Einheiten.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
Gewährleistung der standardisierten Präventionsaufgaben / Pflichtaufgaben Prävention	Auswahl von aussagekräftigen, durch die Referate Prävention zu leistenden Pflichtaufgaben, mit direktem Bezug zur Zielgruppe Schülerinnen und Schüler für eine flächendeckende, standardisierte Aufgabenwahrnehmung im Land. Erreichte Zielgruppen in den ausgewählten Handlungsfeldern im Verhältnis zur Ge-	24.02. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
	<p>Samtanzahl der Zielgruppen. Der angegebene Wert misst die erreichten Zielgruppen in ausgewählten Handlungsfeldern im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Zielgruppen.</p> <p>Anzahl der Fahrzeugdispositionen durch das FLZ im Verhältnis zu den Fahrzeugdispositionen durch andere Organisationseinheiten (in %).</p>							
Zentrales Führen / Dispositionsquote der Führungs- und Lagezentren (FLZ)		01.01. 2015	31.03. 2015	98,0 %	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	98,0 %	-	-	-	-
Zentralisierung geschlossener Einheiten / Einsatzauslastung der Bereitschaftspolizeidirektionen	Einsatzauslastung der stehenden geschlossenen Einheiten des Polizeipräsidiums Einsatz auf Basis eines festgelegten „tatsächlichen Ist“ Personalbestandes (Einsatzstunden einschließlich der gesondert auszuweisenden Rüst- und Fahrzeiten in %).	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	68,0 %	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	82,0 %	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
Verstärkung der operativen Basis / Operative Verstärkung Polizei Baden-Württemberg	(Summarischer) Vergleich der Personalstärken (Stellenanzahl Haushalts-Soll Polizeivollzugsdienst) der Polizeiorganisation vor und nach der Polizeireform zur Feststellung von operativen Verstärkungspotenzialen in Form von a) zusätzlichen Stellen und b) intern freigesetzten / umverteilten Stellen aus dem Bereich „Leitung / Stabsfunktion“ in den Bereich „operative Aufgaben“.	01.10.2012	01.12.2014	46,5	-	-	-	-
Verstärkung der operativen Basis / Operative Verstärkung Polizeireviere	Vergleich der Personalstärken (Stellenanzahl Haushalts-Soll Polizeivollzugsdienst) der Polizeireviere eines regionalen Polizeipräsidiums vor und nach der Polizeireform zur Feststellung von operativen Verstärkungspotenzialen in Form von a) zusätzlichen Stellen und b) intern freigesetzten / umverteilten Stellen aus dem Bereich „Leitung / Stabsfunktion“ in den Bereich „operative Aufgaben“.	01.10.2012	01.12.2014	20,0	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
Verstärkung der operativen Basis / Leistungsquote regionale Polizeipräsidien	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärken Polizeivollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den zugewiesenen Planstellen der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidialbereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07. 2014	30.06. 2015	103,5 %	-	-	-	-
Verstärkung der operativen Basis / Leistungsquote regionale Polizeipräsidien IST „brutto“	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärken Polizeivollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den tatsächlichen Personalstärken Polizeivollzugsdienst (Ist „brutto“ in Vollzeitäquivalenten) der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidialbereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07. 2014	30.06. 2015	111,1 %	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
Verstärkung der operativen Basis / Leistungsquote regionale Polizeipräsidien IST „netto“	(Summarisches) Verhältnis der Personalstärken Polizeivollzugsdienst zwischen den landeseinheitlich festgelegten Standards (Zielwert in Haushaltssoll) und den tatsächlichen Personalstärken Polizeivollzugsdienst (Ist „netto“ in Vollzeitäquivalenten) der vordefinierten quotenrelevanten Präsidiumsbereiche (Präsidialbereich, Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion, Verkehrspolizeidirektion) eines regionalen Polizeipräsidiums.	01.07. 2014	30.06. 2015	106,6 %	-	-	-	-
Leistungsstarke Verkehrsunfallaufnahme (VUA)/Bearbeitungsanteil VUA an tödlichen Verkehrsunfällen (VU)	Bearbeitungsanteil VUA an tödlichen VU (in %).	01.01. 2015	31.03. 2015	100,0 %	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	100,0 %	-	-	-	-
Leistungsstarke VUA / Bearbeitungsanteil VUA an VU mit schwerverletzten Personen	Bearbeitungsanteil VUA an VU mit schwerverletzten Personen (in %).	01.01. 2015	31.03. 2015	81,6 %	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	80,3 %	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
Leistungsstarke VUA / Interventionszeiten VUA	Anforderungen VUA bis Eintreffen am Unfallort in der Kernzeit (06 bis 22 Uhr) innerhalb x+45.	01.01. 2015	31.03. 2015	97,0 %	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	83,2 %	-	-	-	-
Leistungsstarke Verkehrsüberwachung (VÜ) / VÜ-Geräteauslastung	Einsatzzeiten von Großmessgeräten (ESO 3.0 und Vitronic PoliScanSpeed), gemessen in Einsatzstunden pro Gerät pro Woche (h/W).	01.01. 2015	01.03. 2015	16,62 h/W	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	18,88 h/W	-	-	-	-
Konzentration des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) / Einsatzstunden MEK	Geleistete Einsatzstunden der MEK in Freiburg, Göppingen, Stuttgart und Karlsruhe.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	57.390 h	-	-
Landesweite Einrichtung Kriminaldauerdienst (KDD) / Interventionszeiten KDD	Anforderungen KDD bis Eintreffen am Ereignisort innerhalb x+60 (in %).	01.01. 2015	31.03. 2015	90,6 %	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	96,9 %	-	-	-	-
Leistungsstarke Kriminaltechnik / Tatortquote Wohnungseintrichsbruchdiebstahl / Tageswohnungseinbruch (WED / TWE)	Relation (in %) der von der Zentralen Kriminaltechnik der regionalen Polizeipräsidien durchgeführten Spurensicherungen in Fällen des WED / TWE im Verhältnis zur Gesamtzahl WED / TWE (Versuch und Vollendung).	01.01. 2015	30.06. 2015	44,9 %	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
Leistungsstarke Kriminaltechnik / Bearbeitungs-dauer DNA	Anzahl der Tage, in denen 80 % der Aufträge im Kriminal-technischen Institut im Lan-deskriminalamt abgeschlossen werden.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	155
Verbesserte Bekämpfung der Banden- und Organisierten Kriminalität (B / OK) / Ermittlungsverfahren B / OK-	Anzahl der jährlich in Bearbeitung befindlichen B / OK-Ermittlungsverfahren.	01.01. 2015	30.06. 2015	3	-	-	-	1
Einrichtung und Führung von Sonderkommission / Unterstützung / Unterstützungquote Sonderkommission (Quote)	Verhältnis (in %) der Sonderkommissionen mit nicht nur unwesentlicher Unterstützung durch andere regionale Polizeipräsidien im Verhältnis zur Gesamtzahl der Sonderkommissionen.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung (SVU) / SVU – Stufenverfahren	Anzahl der durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlassenen Personalmaßnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Personalvertretung im Stufenverfahren bei der obersten Dienstbehörde gebildeten Stufenvertretung anhängig sind.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA	
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – Widersprüche	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlassete Personalmaßnahmen anhängigen Widersprüche.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – verwaltungsgerichtliche Verfahren	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlassete Personalmaßnahmen anhängigen verwaltungsgerichtlichen Klageverfahren.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – arbeitsgerichtliche Verfahren	Anzahl der gegen durch den Vollzug des Polizeistrukturreformgesetzes veranlassete Personalmaßnahmen anhängigen arbeitsgerichtlichen Klageverfahren.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-
Sozialverträgliche Umsetzung/SVU – Telearbeitsplätze	Anzahl der Telearbeitsplätze, die seit Inkrafttreten der einschlägigen „Dienstvereinbarung Telearbeit im Rahmen der sozialverträglichen Umsetzung der Polizeireform“ auf deren Basis bei der Koordinierungsstelle Telearbeit SVU beantragt und positiv beschieden wurden.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	-	-	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	-	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Nichtvollzug-Beamte	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Nichtvollzug-Beamte gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 03 14 bis 03 18) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Nichtvollzugsbeamte (Ist) in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	102,1 %	103,5 %	90,3 %	89,5 %	98,5 %
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Nichtvollzug-Beschäftigte	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Nichtvollzug-Beschäftigte gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 03 14 bis 03 18) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Nichtvollzugsbeschäftigte in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	94,5 %	88,8 %	80,9 %	103,0 %	93,6 %

Betroffene Maßnahme / Name des Indicators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA
Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne / Stellenplan Polizeivollzugsdienst	Verhältnis zwischen den planerischen Haushaltstellen Polizeivollzugsdienst gem. (vorläufiger) Stellenpläne (Haushaltssoll in den Kapiteln 0301, 0314 bis 0318) und der tatsächlichen Stellenbewirtschaftungssituation Polizeivollzugsdienst in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg.	23.02. 2015	23.02. 2015	99,2 %	102,7 %	96,1 %	114,3 %	101,1 %
Einrichtung leistungsstarkes Präsidium Technik Logistik Service der Polizei (PTLS Pol) / Vergabeverfahren-Index	Anzahl der bei der Vergabestelle des PTLS Pol eingehenden Vergabeverfahren im Verhältnis zur Anzahl der von der Vergabestelle bearbeiteten Vergabeverfahren.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	100,0 %	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	100,0 %	-	-	-
Einrichtung leistungsstarkes PTLS Pol / Erstlösungsquote Service Desk der Polizei	Anzahl der vom Service Desk der Polizei endbearbeiteten Calls im Verhältnis zur Gesamtzahl aller beim Service Desk eingehender Calls.	01.01. 2015	31.03. 2015	-	85,0 %	-	-	-
		01.01. 2015	30.06. 2015	-	85,0 %	-	-	-
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsindex dezentral	Teilnehmermannnate an dezentralen Fortbildungen in Relation zur Gesamtzahl der Beschäftigten (IST) der Dienststelle / Einrichtung.	01.01. 2015	30.06. 2015	0,12	0,02	0,09	-	-

Betroffene Maßnahme / Name des Indikators	Definition	von	bis	PP UL	PTLS Pol	PP Einsatz	HfPoIBW	LKA	
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsin dex zentral Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPoIBW)	Teilnehmermann tage an zentralen Fortbildungen der HfPoIBW.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	-	21.710	-	-
Einrichtung leistungsstarker Bildungsträger / Fortbildungsin dex zentral PP Einsatz	Teilnehmermann tage an zentralen Fortbildungen des PP Einsatz – Fortbildungen des Trainingszentrums PHF und Fortbildungen geschlossener Einheiten.	01.01. 2015	30.06. 2015	-	-	7.555	-	-	-

Erläuterungen:

Prävention:

Im Untersuchungsfeld Präventionsaufgaben ermöglicht das neue Meldewesen die Erhebung entsprechender Daten erst seit dem 24. Februar 2015. Seitens der polizeilichen Prävention wird den Schulen ein Angebot unterbreitet. Dieses anzunehmen, liegt letztendlich im Ermessen der Schulen; die Einflussmöglichkeiten sind begrenzt. Für eine künftig detailliertere Betrachtung wird ab dem Schuljahr 2015/2016 eine differenziertere Datenerhebung durchgeführt.

Zentrales Führen:

Mit der landesweiten Realisierung der zentralen Notrufannahme liegen die technischen Voraussetzungen zur zentralen Einsatzführung bei allen regionalen Polizeipräsidien vor. Durch Steuerungsmaßnahmen konnte die Quote zentral geführter Einsätze sukzessive gesteigert werden. Dies zeigt sich an den letztmalig erhobenen Werten vom 1. September 2015 wonach landesweit 75,68 % der Einsätze zentral geführt werden.

Einsatzauslastung Polizeipräsidium Einsatz:

Die Auslastung der Einsatzeinheiten des Polizeipräsidiums Einsatz bewegt sich auf hohem Niveau. Ein in der vorstehenden Tabelle nicht abbildbarer Indikator misst die Teilnahme der stehenden geschlossenen Einheiten des Polizeipräsidiums Einsatz im Rahmen ihrer Kernkompetenzen, bspw. bei Einsatzlagen mit prognostiziertem gewaltsamem Verlauf. In Teilen konnten bezogen auf Februar bis Juni 2015 nicht alle angeforderten Einsatzübernahmen durch das Polizeipräsidium Einsatz geleistet werden. Grund hierfür waren insbesondere kräfteintensive Einsatzlagen wie bspw. PEGIDA Versammlungen, Einsätze im Zusammenhang mit Fußballspielen und der G 7-Gipfel.

Verstärkung der operativen Basis:

Für die einschlägigen Indikatoren „Operative Verstärkung Polizei Baden-Württemberg“ und „Operative Verstärkung Polizeireviere“ wurde abweichend von der Gesamtsystematik ein Zeitpunkt vor und nach der Polizeireform als Berechnungsgrundlage gewählt. Die Personalressourcen im operativen Bereich wurden durch die Polizeireform um 776 Stellen erhöht. Der Zielwert von 292 zusätzlichen Stellen bei den Polizeireviere wurde mit 400,9 Stellen deutlich übertroffen.

Leistungsquoten:

Die Analyse der Leistungsquoten erfolgte mit Daten zum Stichtag 1. Juli 2014. Die Daten einer zweiten Abfrage für den Stichtag 1. Juli 2015 liegen noch nicht vor. Die landesweite Analyse der Leistungsquoten gibt Anlass zur Annahme, dass noch personelle Synergien zugunsten der operativen Basis vorhanden sind. Gleichwohl gibt es auch Hinweise, dass die festgelegten Stärken in quotenrelevanten Bereichen ggf. zu niedrig angesetzt sein könnten und mittelfristig zu evaluieren sind.

Verkehrsunfallaufnahme:

Aufgrund von statistischen Gegebenheiten (Stichtagserhebungen) und Änderungen der Erfassungsmodalitäten bei den Dienststellen sind die Zahlen der Quartals- und der Halbjahreserhebung in Teilen nicht vergleichbar. Die Interventionszeiten stellen sich insgesamt positiv dar.

Verkehrsüberwachung:

In den Jahren 2008 bis 2013 lag die durchschnittliche wöchentliche Einsatzdauer der Großgeräte im Land bei 333 Stunden, im Jahr 2014 bei 362 Stunden und im ersten Halbjahr 2015 bei 460 Stunden.

Kriminaldauerdienste:

Aufgrund der landesweiten Einrichtung von Kriminaldauerdiensten wurde die Bearbeitung kriminalpolizeilich relevanter Deliktsfelder weiter optimiert. Die Interventionszeiten im ersten Halbjahr 2015 bewegen sich auf einem guten Niveau.

Indikator „Tatortquote Wohnungseinbruchdiebstahl“:

Angesichts der landesweit hohen Fallzahlen im Deliktsbereich Wohnungseinbruchdiebstahl werden Maßnahmen der Spurensicherung im Zusammenhang mit diesen Straftaten verstärkt durch die Kriminaltechnik-Organisationseinheiten (Kriminalinspektionen 8) durchgeführt.

Indikator „Bearbeitungsdauer DNA“:

Eine aussagekräftige Bewertung wird erst mit den Daten für den Jahresbericht 2015 möglich sein, da unterjährige Statistiken z.T. starken temporären Schwankungen unterliegen.

Einrichtung und Führung von Sonderkommissionen:

Die Polizeipräsidien verfügen über leistungsfähige Ermittlungseinheiten und können Lagen der Schwerstkriminalität professionell und effektiv mit eigenen Kräften bewältigen. Die dafür benötigten Spezialisten stehen innerhalb kürzester Zeit zur Verfügung.

Sozialverträgliche Umsetzung der Polizeireform:

Das einzige noch anhängige Stufenverfahren wurde mittlerweile (nach dem Stichtag der Erhebung) beendet. Die sozialverträgliche Umsetzung der Polizeireform ist gelungen.

Stellenpläne:

Zu den Indikatoren zur Umsetzung der (vorläufigen) Stellenpläne Nichtvollzug Beamte, Nichtvollzug Beschäftigte und Polizeivollzugsdienst liegen Zahlen zum Stichtag 23. Februar 2015 vor. Die vorhandenen Über- und Untersollsituationen bei den Dienststellen und Einrichtungen infolge der sozialverträglichen Umsetzung der Polizeireform konnten bereits belegbar reduziert werden.

Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei:

Im Untersuchungsfeld Einrichtung eines leistungsstarken Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei (PTLS Pol) ist über den im Rahmen des Monitorings erhobenen Statusbericht festzustellen, dass die Einrichtung einer Vergabestelle und somit die Bündelung des vergaberechtlichen Sachverstands ebenso positiv zu bewerten ist wie die Betriebsqualität des Service Desk der Polizei Baden-Württemberg. Die Bündelung von Strategie und Betrieb im Bereich des Digitalfunks in einer Abteilung hat den bisherigen Abstimmungsaufwand erheblich minimiert. Standards und Prozesse konnten durch die Bündelung aller Werkstätten vereinheitlicht und Belastungsspitzen ausgeglichen werden. Aufgrund der in Teilen hochspezifischen Aufgaben des PTLs Pol bedarf es einer Fortführung der entsprechenden strategischen Personalsteuerungsmaßnahmen.

Hochschule für Polizei:

Das Reformziel der Einrichtung eines leistungsstarken Bildungsträgers wird an vier Indikatoren sowie einem Statusbericht gemessen. In der vorstehenden Tabelle sind lediglich drei Indikatoren hinterlegt, da zu dem vierten Indikator „Fortbildungsindex intern“ noch keine validen Ergebnisse vorliegen. Eine erste Betrachtung der vorliegenden Daten lässt den Schluss zu, dass sich die Umstrukturierung der polizeilichen Bildungseinrichtungen auf ein „Ein-Träger-Modell“ positiv entwickelt. Der Einfluss der geplanten Erhöhung der Einstellungszahlen einerseits

und die verbunden mit der Unterbringung von Flüchtlingen vorzeitige Aufgabe von polizeilichen Liegenschaften im Bereich der polizeilichen Aus- und Fortbildung andererseits auf die weitere Entwicklung des Bildungsträgers kann noch nicht prognostiziert werden.

Reformbedingte Baumaßnahmen:

Die Realisierung der räumlichen Konzentration und die damit verbunden Umsetzungen reformbedingter Baumaßnahmen werden mittels eines separaten Berichtswesens gemessen und verlaufen bislang plangemäß. Lediglich bei der Ertüchtigung der spezifischen Räumlichkeiten für die kriminaltechnische Fortbildung am Standort Böblingen wird sich die Fertigstellung um voraussichtlich sechs Monate verzögern. Mit der Verabschiedung des Staatshaushaltplans 2015/16 sind die finanziellen Voraussetzungen für zwölf Einzeltitelmaßnahmen (Baumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über 2 Mio. Euro) geschaffen. Die bauliche Umsetzung dieser Maßnahmen ist maßgeblich von der Genehmigung der Bauunterlagen abhängig. Die Bauunterlagen für zwischenzeitlich elf der zwölf vorgenannten Maßnahmen wurden wie geplant genehmigt. Durch die Ämter Vermögen und Bau wird derzeit die konkrete Umsetzung initiiert. Baubeginn bei einem Teil dieser Maßnahmen ist für Ende 2015/Anfang 2016 vorgesehen.

4. Weshalb wurde der Monitoringbericht im Sinne der Transparenz bislang nicht veröffentlicht?

Zu 4.:

Der Monitoringbericht ist ein Steuerungsinstrument für die Führungskräfte der Landespolizei. Dieser Zielgruppe wurden die bisherigen Berichte zugänglich gemacht.

5. Wie bewertet sie aus ihrer Sicht die Stimmung innerhalb der Polizei nach der Polizeireform?

6. Weshalb wurde im Sinne der Politik des Gehörtwerdens noch keine Mitarbeiterbefragung durchgeführt, um die Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge der polizeilichen Praxis aufzunehmen?

Zu 5. und 6.:

Gemessen an Umfang und Tiefe der Polizeireform nimmt das Innenministerium in den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei eine grundsätzlich ausgeglichene Stimmung bezogen auf die Kernelemente der Reform wahr.

Mitarbeiterbefragungen sind seit 2007 in der Polizei in Baden-Württemberg fester Bestandteil einer modernen Personalführung und werden grundsätzlich in einem vierjährigen Turnus durchgeführt. Diese Mitarbeiterbefragungen haben allerdings nicht zum Zweck, gezielt die Polizeireform zu untersuchen, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allgemein an der Organisationsentwicklung zu beteiligen, bspw. durch die Förderung der Selbstreflexion des Führungsverhaltens. Das Aufnehmen und Erkennen von Verbesserungsvorschlägen ist zwar durchaus ein Ziel der Mitarbeiterbefragung, jedoch nicht eng begrenzt auf die Polizeireform.

Auf die Mitarbeiterbefragung wurde bislang aufgrund der stark eingeschränkten Steuerungsrelevanz temporär verzichtet. Die Ergebnisse hätten über einen gewissen Zeitraum keine Aussagekraft, da sie sich auf die frühere Organisation (bspw. nicht mehr existente Vorgesetzte) bezogen hätten. Die institutionalisierten Mitarbeiterbefragungen werden fortgesetzt; wann genau die nächste Befragung stattfinden wird, ist noch nicht entschieden.

Die Untersuchung der Polizeireform erfolgt hingegen über Evaluationsmaßnahmen (sh. Frage I). Hierbei werden selbstverständlich auch die Erfahrungen der Polizeipraxis einbezogen.

Alle Beschäftigten der Polizei Baden-Württemberg konnten sich während des Reformprozesses im Rahmen der Mitarbeiterbeteiligung über hierzu speziell einge-

richtete elektronische Wege (MeineIdee@im.bwl.de bzw. „Frag den Minister“) mit Verbesserungsvorschlägen an das Projektteam Polizeireform wenden. Des Weiteren wurden und werden in vielzähligen Dienststellenbesuchen und Personalversammlungen Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit fortlaufend im Dialog mit den Beschäftigten diskutiert.

Gall

Innenminister